

Austausch mit dem Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Prävention des Bayerischen Landtags

Anfang Februar fand im Münchner Maximilianeum der traditionelle Informationsaustausch von Dr. Gerald Quitterer, Präsident der Bayerischen Landesärztekammer (BLÄK), mit den Mitgliedern des Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention des Bayerischen Landtags statt. Angesichts eines zunehmenden Bedarfs an Ärztinnen und Ärzten wurde intensiv diskutiert, wie die Zahl ärztlicher Niederlassungen im Freistaat erhöht werden könnte. Des Weiteren standen andere aktuelle gesundheitspolitische Themen auf der Tagesordnung.



Stellvertretende Vorsitzende Ruth Waldmann (SPD), Dr. Gerald Quitterer und Ausschussvorsitzender Bernhard Seidenath (CSU) (v. li.).

Im Rahmen der Zusammenkunft appellierte Quitterer an die Abgeordneten, sich auf Bundesebene für die rasche Umsetzung der Novelle der Approbationsordnung für Ärzte einzusetzen, nachdem die Reform seit langer Zeit auf Eis liege. Der jetzt vorliegende Entwurf sei geeignet, die Ziele des Masterplans 2020 zu erreichen und damit die Bedeutung der ambulanten, wohnortnahen, sektorenverbindenden und primärärztlichen Gesundheitsversorgung nachhaltig zu stärken. Bund und Länder müssten sich hinsichtlich der Finanzierung endlich einigen, so Quitterer. Um den Zugang zum Medizinstudium über die Landarztquote außerdem Studienbewerberinnen und -bewerbern zu ermöglichen, die eine Landarztpraxis übernehmen wollen, setzt sich Quitterer für eine Modifizierung der Quote ein.

Für die nachhaltige Stärkung der ärztlichen Versorgung, brauche es neben einer adäquaten Honorierung außerdem einen ernsthaften Bürokratieabbau im ambulanten und stationären Sektor, eine stärkere Regulierung investorenbetriebener Medizinischer Versorgungszentren und eine Verbesserung der Patientenlenkung.

Für Letztere böten sich im ambulanten Bereich bereits bestehende Primärarztmodelle, sowie das Konzept der Team-Praxis bei Haus- und Fachärzten an. Im Bereich der Notaufnahmen in Krankenhäusern könne unter anderem durch die flächendeckende Einführung einer strukturierten medizinischen Ersteinschätzung eine Lenkung von Patientinnen und Patienten in die adäquate Versorgungsebene unter Einbeziehung von Vertragsärztinnen und -ärzten erreicht werden, wie dies zum Beispiel im Pilotprojekt am RoMed Klinikum Rosenheim geschehe. Vor dem Hintergrund des geplanten Pflegekompetenzgesetzes des Bundesgesundheitsministeriums und der Übertragung von ärztlichen Tätigkeiten an andere Gesundheitsfachberufe, betonte Quitterer, dass zunächst die bestehenden Strukturen der haus- und fachärztlichen Versorgung gestärkt werden sollten, bevor über eine Übertragung der Heilkunde an andere Berufsgruppen nachgedacht werde. Die Schaffung neuer Berufsbilder koste außerdem Geld, was oft vergessen werde.

Hinsichtlich des geplanten Zweiten Gesetzes zur Änderung des Schwangerschaftskonfliktgesetzes,

das ein Verbot der Belästigung der Schwangeren sowie ein Verbot der Behinderung des Personals der Beratungsstellen und Einrichtungen zur Vornahme von Schwangerschaftsabbrüchen vorsieht, macht sich Quitterer dafür stark, dass auch das Personal in den Einrichtungen vor etwaigen Belästigungen geschützt werde. Ebenso forderte Quitterer eine vollständige Abschaffung des Fallpauschalensystems sowie eine tragfähige Vorhaltepauschale für die Kliniken. Dabei sei insbesondere die Arbeitsbelastung der dort tätigen Ärztinnen und Ärzte in den Blick zu nehmen. Das vorgeschaltete Transparenzgesetz von Bundesgesundheitsminister Professor Dr. Karl Lauterbach dürfe zudem die dringende Umsetzung der Krankenhausreform nicht weiter verzögern – hier gehe wichtige Zeit verloren, die die Kliniken nicht hätten. Es wurde vereinbart, zu den verschiedenen Themen weiterhin im Austausch zu bleiben.

Nils Härtel (BLÄK)